

Nachlese

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in kleinen Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscher und -Forscherinnen bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein, in Berlin und weit darüber hinaus. Andere reagieren auf Artikel und Diskussionsbeiträge, widersprechen, stimmen zu oder fragen weiter. Einige Begegnungen und das Echo darauf lassen wir Revue passieren.

Alphabetisiert

WZB-Forschungsprofessor **Lord Ralf Dahrendorf** nahm in der Tageszeitung **Die Welt** Stellung zu aktuellen Fragen – in Form eines ABC: von A für Arbeit („eines der großen deutschen Probleme der Gegenwart“) über F für Freiheit (von der das aktuelle Thema Gerechtigkeit auf „gefährliche“ Weise ablenke) und K für Klassengesellschaft (eine neue Klassengesellschaft könne sich entwickeln, „wenn die unteren Einkommen fallen“) bis Z für Zivilgesellschaft: „Mir ist das gute deutsche Wort Bürgergesellschaft lieber, aber die ‚civil society‘ ist jedenfalls notwendige Bedingung einer freien Gesellschaft. Das heißt, dass es auf die Initiative der Bürger im nichtstaatlichen Bereich ankommt, wenn man eine Gesellschaft will, die die Atemluft der Freiheit stärkt.“

Reagiert

Ein ungewöhnlich starkes Medienecho hat die von der Zeitschrift **Brigitte** in Auftrag gegebene Untersuchung „Frauen auf dem Sprung“ ausgelöst. Das Projekt wurde geleitet von **Jutta Allmendinger** (unter Mitarbeit von **Marcel Helbig** und **Christine Puschmann**), Kooperationspartner war das Institut für angewandte Sozialforschung (infas). Es wurden jeweils rund 1.000 Frauen und Männer in den Altersgruppen von 17 bis 19 und 27 bis 29 Jahren befragt. Zentrale Themen waren Einstellungen zu und Zukunftserwartungen an Familie, Partnerschaft, Erwerbstätigkeit und Bildung sowie die Einschätzung gesellschaftlicher Macht- und Verantwortungsverteilung. Alle Nachrichtenagenturen, alle überregionalen Tageszeitungen, Dutzende Regionalzeitungen, viele Wochenblätter und Magazine, Fach- und Verbandszeitungen, Online-Medien, Hörfunk- und Fernsehsender berichteten ausführlich. Was nicht selbstverständlich ist: Die Berichterstattung konzentrierte sich durchweg auf die Kernaussagen: Junge Frauen sind selbstbewusst, haben klare Zukunftsvorstellungen, wollen Berufstätigkeit *und* Familie, wünschen sich echte Partnerschaft *und* Selbstständigkeit. Was auch nicht immer passiert: Viele Medien nahmen die Studie zum Anlass für eigene Reportagen, fragten bei anderen Forschungsinstitutionen nach, befragten Vertreter aus Politik und Wirtschaft und veröffentlichten Leitartikel und Kommentare zum Thema. Und was selten ist: keine Peinlichkeiten. Mit Ausnahme der Überschrift, die die Redaktion des Tagesspiegels über den sachlichen Bericht zweier Autorinnen (27. April 2008) setzte: „Das Vollweib“.

Kritisiert

Kritische Stimmen über die Studie „Frauen auf dem Sprung“ beziehen sich in der Regel auf die gegenwärtige Situation in

Deutschland, die sehr vielen Frauen die Option verwehrt, Familienleben und Berufstätigkeit zu kombinieren. Dies deckt sich mit der Forderung der Studie an Staat und Unternehmen, endlich die Voraussetzungen für eine freie Wahl zu schaffen. In manchen Branchen gibt es schon länger Bemühungen um die Erhöhung der Flexibilität. Dort floss die Brigitte-Studie in die Diskussion ein. Zum Beispiel berichtete **Zahn-online!** („Das Infozentrum der Zahnmedizin im Internet in Deutschland“) in einem längeren Beitrag über die Feststellung, die Frauen von morgen würden nicht die Männer von heute sein, mit ihrer ständigen Verfügbarkeit für ihren Arbeitgeber. Dies deckte sich „mit den Stimmen einer punktuellen Befragung des Dentista Club bei Zahnmedizinistudentinnen“, schreibt Zahn-online: „Die zahnärztliche Tätigkeit muss so erbringbar sein, dass Familienplanung und Berufsleben vereinbar sind. Ob die Ganztags-Einzelpraxis das Zukunftsmodell ist, steht also berechtigt in Frage.“ Auch die **Rote Fahne**, das Nachrichtenmagazin der MLPD („Partei des echten Sozialismus“), berichtete online über die Studie (26. März 2008). In der Kurzmeldung hob sie den Befund der Studienleiterin hervor, dass die jungen Frauen „so selbständig, stark und so ungebrochen sind“. Leider lässt uns das Parteiorgan nicht wissen, was das nun für den Klassenkampf und die Zukunft des echten Sozialismus bedeutet. Die Rote Fahne ist auch nicht mehr, was sie mal war.

Entmilitarisiert

James Sheehan hat weitergeschrieben. Der an der Stanford University lehrende Historiker war im Sommer 2006 zu Gast am WZB und schrieb für die WZB-Mitteilungen (September 2006) einen Essay über das Verschwinden der Wehrpflicht in Europa. Nun ist sein Buch erschienen, dessen Titel genau diese Tendenz mit der Liedzeile beschreibt: *Where have all the soldiers gone* (Houghton Mifflin). Zeitgleich kam die deutsche Fassung des Buchs auf den Markt: *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden* (C.H. Beck, Übersetzung: Martin Richter). Sheehan stellt den jahrhundertelangen Weg zum europäischen Frieden dar und fragt: Müsse sich Europa, um weiter Frieden zu stiften und das Erreichte zu sichern, nicht stärker in der Welt engagieren – auch militärisch?

Gastiert

In der ersten Jahreshälfte waren drei Journalisten für jeweils zwei bis drei Monate zu Gast am WZB. **Albert Funk** (Der Tagesspiegel), **Matthias Kamann** (Die Welt) und **Hilda Bouma** (Het Financieele Dagblad, Amsterdam) befassten sich im Rahmen des von der VolkswagenStiftung geförderten Programms „Journalist in Residence“ mit selbstgewählten Themen. An dem Programm beteiligen sich neben dem WZB das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, das Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen und das International Institute for Advanced Labour Studies in Amsterdam. Albert Funk arbeitet an einer Studie über Geschichte und Gegenwart des Föderalismus in Deutschland, Matthias Kamann beschäftigt sich mit Fragen der Selbstbestimmung in

den letzten Lebensphasen. Hilda Bouma, die auch einen Monat am Amsterdamer Institut arbeitete, hat erste Ergebnisse ihres deutsch-niederländischen Vergleichs in Sachen Teilzeitarbeit schon in Artikeln für ihre Zeitung verarbeitet. Wie unterschiedlich die Kultur der Teilzeitarbeit ist, zeigt ihr Artikel unter der Überschrift „4+4-Modell versetzt Deutsche in Staunen“ (Het Financieele Dagblad, 25. April). Eine solche Überschrift ist für deutsche Leser unverständlich. 4+4-Modell? Gemeint ist eine in den Niederlanden verbreitete Methode, sich trotz der Erwerbstätigkeit beider Partner etwas mehr Zeit für die Familie freizuhalten: Beide Partner arbeiten jeweils einen Tag in der Woche weniger im Beruf. Eltern können zum Beispiel dadurch an insgesamt vier Tagen die Woche für ihre Kinder da sein. Während dieses von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und wichtigen Beratungsgremien propagierte Modell in den Niederlanden populär ist, winkten die von Hilda Bouma befragten Deutschen ab: Sympathisch finden Vertreter der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Modell schon – aber noch nicht praktikabel in Deutschland. Zum Beispiel müssten zunächst ausreichend Betreuungsplätze für die übrigen drei Wochentage bereitstehen, sagte Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des DGB.

Publiziert

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat das **WZB-Jahrbuch** „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ in einer überarbeiteten Fassung in ihrer Schriftenreihe veröffentlicht (Nr. 693). Multiplikatoren in Bildung, Medien und Politik können den Band bestellen bei der Bundeszentrale: www.bpb.de. Das in der edition sigma erscheinende WZB-Jahrbuch 2007, „Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit“ (herausgegeben von **Dieter Gosewinkel** und **Gunnar Folke Schuppert**), wird am 5. Juli um 17 Uhr im WZB vorgestellt.

Reformiert

In den Mitteilungen 117 (September 2007) berichtete WZB-Emeritus **Udo E. Simonis** über die internationale Task Force, die die Regierung der Volksrepublik China in Fragen des Umweltschutzes beraten hat. Die von Simonis geleitete Beratergruppe hatte in ihrem Abschlussbericht 15 konkrete Empfehlungen gegeben. Eine zentrale Reform-Empfehlung lautete, die Umweltbehörde SEPA aufzuwerten und dem Thema zu einem Platz im Kabinett zu verhelfen. Am 15. März 2008 hat nun der Nationale Volkskongress ein Ministerium für Umweltschutz geschaffen, als eines von fünf neuen, mit Sondervollmachten versehenen Super-Ministerien. Die Umweltorganisation Greenpeace reagierte positiv. Andere sind skeptischer. Der China-Experte der Deutschen Welle, Matthias von Hein, spricht von einer Verwaltungsreform, wo eigentlich eine politische Reform vonnöten wäre.

Diskutiert

Das **Stockholm Centre for Organisational Research (SCORE)** macht jährlich eine Exkursion zu einem befreundeten Institut im Ausland. Diesmal war das WZB Ziel der schwedischen Forscher. Im Januar 2008 veranstaltete dessen Schwerpunkt „Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik“ ein gemeinsames Seminar mit dem SCORE zum Thema „Transnational Organising and Meta-Organisations“. Geplant und organi-



siert wurde die Tagung von Nils Brunsson (SCORE) und Arndt Sorge (WZB). In zwei Themenblöcken wurde über „International rule-making, business and politics“ und „Organisation und Demokratie“ referiert und diskutiert.

Überrascht

Manchmal bietet die Lektüre des Nachrichtenmagazins **Der Spiegel** Überraschungen. Zum Beispiel für WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger, die ihren Namen in der Ausgabe vom 17. März las. Im Artikel „Im Bann der Tradition“ über die Qualifikation von Frauen und deren Partnersuche wurde sie – neben anderen Gesprächspartnern – ausführlich zitiert. Nur: Allmendinger konnte sich gar nicht an ein Interview mit dem Spiegel erinnern, nicht in den letzten Tagen, nicht in den letzten Wochen. Inhaltlich problematisch war das nicht, aber merkwürdig schon. Der Leserservice des Spiegel konnte Auskunft geben. Die Zitate stammten aus einem telefonischen Interview einer Spiegel-Autorin, das diese „vor einiger Zeit“ mit Frau Allmendinger geführt habe. Exakt datieren könne die Journalistin das Gespräch leider nicht, „es müsste aber innerhalb des letzten Jahres gewesen sein“. Für den jetzt erschienenen Artikel habe die Autorin nicht erneut Kontakt zu Frau Allmendinger aufgenommen. WZB-Mitteilungen-Leser wissen nun mehr: Wenn Der Spiegel anruft, empfiehlt es sich, ein Verfallsdatum des Gesagten zu vereinbaren, um nicht Monate später in einem beim Gespräch nicht absehbaren Kontext zitiert zu werden.

Empfohlen

Am 27. Februar wurde das „Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit 2008“ an Bundeskanzlerin Merkel und Bildungs- und Forschungsministerin Schavan überreicht, verfasst von der **Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)**. Ihr gehören Ann-Kristin Achleitner (TU München), Hariolf Grupp (Universität Karlsruhe), Dietmar Harhoff (Ludwig-Maximilians-Universität München), Joachim Luther (Universität Freiburg) und Jutta Allmendinger (WZB) an. Die Kommission empfiehlt der Bundesregierung, „konsequent auf weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Gründungen in der Spitzentechnologie hinzuwirken.“ Nur so könne Deutschland stärker vom Wachstum der Branchen der Spitzentechnik und der wissensintensiven Dienstleistungen profitieren. EFI soll regelmäßig Gutachten für die Forschungs- und Innovationspolitik verfassen.

Paul Stoop